

Vordenken, anpacken, besser machen – Eckpfeiler für ein neues wirtschaftspolitisches Geschäftsmodell fürs Saarland

Positionspapier von Stephan Toscani (Januar 2026)

I. Das Saarland am ökonomischen Wendepunkt

Der Wirtschaftsstandort Saarland steht an einem historischen Wendepunkt. Die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft des Landes ist in einer Weise gefährdet, wie dies seit dem Ende des Steinkohlebergbaus nicht mehr der Fall war. Disruptive technologische Umbrüche, tiefgreifende geopolitische Verwerfungen und massive strukturelle Defizite treffen das Saarland mit einer besonderen Wucht.

Während diese Entwicklungen ganz Deutschland betreffen, wirken sie im Saarland wie unter einem Brennglas – vor allem deshalb, weil das Land seit Jahren wirtschaftlich abgehängt ist und die SPD-Alleinregierung bis heute kein tragfähiges, zukunfts- und wettbewerbsfähiges Gesamtkonzept für den wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel vorgelegt hat.

Diese Lage schlägt zunehmend auch aufs Gemüt der Menschen. Wir brauchen deshalb dringend einen neuen Aufbruch, eine neue Perspektive.

Die CDU und ich persönlich wollen vorangehen und die Weichen für ein neues wirtschafts- und strukturpolitisches Geschäftsmodell stellen. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, Unternehmen vorzuschreiben, wie sie zu arbeiten haben. Es geht darum, dass die Politik ihre ureigene Aufgabe erfüllt: die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit unsere Wirtschaft sich entfalten und wachsen kann.

Die nachfolgenden Vorschläge und Ansätze verstehe ich als Diskussionsgrundlage, nicht als abgeschlossenes Konzept. In den kommenden Monaten will ich diese Ideen mit allen diskutieren und weiterentwickeln, die bereit sind, Verantwortung für die Zukunft des Saarlandes zu übernehmen.

Es ist Zeit, mutig voranzugehen, anzupacken und es besser zu machen – für ein Saarland, das seine Stärken nutzt und sein Potenzial entfaltet.

II. Strukturelle Ausgangslage: Seit Jahren abhängter Wirtschaftsstandort

Angemessene Antworten auf die derzeitige wirtschaftspolitische Lage des Saarlandes setzen ein tiefgreifendes Verständnis für deren Ursachen voraus. Nur wer bereit ist, die Situation in

ihrer ganzen Komplexität zu erfassen und sich dabei ehrlich macht, kann Lösungen entwickeln, die den Herausforderungen wirklich gerecht werden. Deshalb muss am Anfang die schonungslose Analyse stehen. Das heißt konkret:

- Die gegenwärtige Situation des Saarlandes ist nicht als konjunkturelle Schwächephase misszuverstehen, sondern als strukturelle Krise. Das zeigen die wirtschaftlichen Kennzahlen ebenso wie die Entwicklung von Beschäftigung, Investitionen und Demografie. Ohne einen grundlegenden Kurswechsel droht dem Saarland ein wirtschaftlicher Niedergang von existenzieller Dimension – mit gravierenden Folgen für Wohlstand, soziale Stabilität und politische Gestaltungskraft.
- Langfristig betrachtet, hat sich das Saarland wirtschaftlich schlechter entwickelt als die anderen Bundesländer: Das reale Bruttoinlandsprodukt ist, nach Berechnungen der IHK Saarland, seit 2010 nur rund ein Sechstel so stark gewachsen wie im Bundesschnitt. Diese Entwicklung steht exemplarisch für eine über Jahre größer werdende Wachstumslücke gegenüber anderen Bundesländern. Mittlerweile belegt das Saarland im Bundesländervergleich den letzten Platz bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.
- Auch andere Kennzahlen zeichnen ein eindeutiges Bild. Die Innovationskraft des Saarlandes liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Mit rund 10 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner im Jahr 2023 erreicht das Saarland nicht einmal ein Viertel des bundesweiten Durchschnitts von etwa 46 Anmeldungen. Ähnlich schwach ist die Gründungsdynamik: Bei der Start-up-Dichte liegt das Saarland deutlich unter dem Bundeswert und gehört bundesweit zur Schlussgruppe.
- Besonders sichtbar wird diese strukturelle Schwäche auf dem Arbeitsmarkt. Die Dynamik ist alarmierend. Im Jahr 2024 war das Saarland bundesweit Schlusslicht bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – ein Trend, der sich auch 2025 fortsetzte. Entscheidend sind dabei nicht nur absolute Werte, sondern auch die Struktur der Beschäftigung: Die industrielle Beschäftigung, traditionell eine tragende Säule des saarländischen Arbeitsmarktes, steht massiv unter Druck. In zentralen Industriebereichen kommt es seit Jahren zu Stellenabbau, Produktionsverlagerungen und Standortschließungen. Der Verlust industrieller Arbeitsplätze wirkt dabei weit über die betroffenen Betriebe hinaus: Zulieferer, Dienstleister und das Handwerk verlieren Aufträge, Kaufkraft geht verloren, kommunale Einnahmen brechen weg. Damit droht ein schleichender, aber tiefgreifender Strukturbruch.
- Im Zentrum der wirtschaftlichen Risiken steht die tiefgreifende Krise der deutschen Automobilindustrie. Für das Saarland ist diese Krise von besonderer Bedeutung, da kaum eine andere Region in Deutschland in vergleichbarer Weise von dieser Branche abhängig ist. Zahlreiche saarländische Zulieferbetriebe sind auf Komponenten spezialisiert, die im Elektroantrieb kaum noch benötigt werden. Der notwendige Umbau

erfordert erhebliche Investitionen, neues technologisches Know-how und den Zugang zu neuen Märkten.

- Diese technologische Disruption fällt zudem in eine Phase globaler Marktverwerfungen und geopolitischer Risiken. Für das Autoland Saarland bedeutet dies einen doppelten Strukturbruch: Der Verlust traditioneller Kompetenzen trifft auf internationale Rahmenbedingungen, die zunehmend verzerrt sind. Während wirtschaftlich stärker diversifizierte Bundesländer solche Entwicklungen besser abfedern können, wirkt diese im Saarland als zusätzlicher Beschleuniger des Strukturwandels.
- Hinzu kommt der demografische Wandel. Das Land altert schneller als viele andere Regionen Deutschlands. Gleichzeitig wandern seit Jahren junge, gut ausgebildete Menschen ab. Gerade für Hochqualifizierte bietet das Saarland zunehmend zu wenig attraktive berufliche Perspektiven. Diese Abwanderung entzieht dem Land genau jene Fach- und Führungskräfte, die für Innovation, Unternehmensgründungen und die Bewältigung des Strukturwandels dringend benötigt werden. Besonders problematisch ist zudem die Situation bei Unternehmensnachfolgen: Schätzungen zufolge stehen im Saarland bis zu 5.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn altersbedingte Nachfolgen in mittelständischen Betrieben scheitern. Der demografische Wandel wird damit zum Multiplikator der wirtschaftlichen Krise.

III. Zeit für eine politische Zäsur

Die zentrale Herausforderung des Saarlandes liegt in der Gleichzeitigkeit der Entwicklungen: Die Krise der Automobilindustrie, der aggressive Wettbewerb aus China, geopolitische Risiken und der demografische Wandel wirken nicht isoliert, sondern verstärken sich gegenseitig.

Hinzu kommt: Der gegenwärtige wirtschaftliche Niedergang offenbart in aller Deutlichkeit das vollständige Versagen der SPD-verantworteten Wirtschafts- und Strukturpolitik im Saarland. Globale Trends mögen der Auslöser sein – die Tiefe, Geschwindigkeit und Gefährlichkeit der Krise sind jedoch hausgemacht.

Seit Jahren fehlt es an einer tragfähigen, kohärenten und zukunftsgerichteten wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie. Statt einer faktenbasierten und langfristig angelegten Transformationsagenda erleben wir politische Improvisation und eine gefährliche Fixierung auf wenige symbolträchtige Großprojekte. Die ernüchternde Bilanz dieser Politik ist inzwischen für alle offenkundig: gescheiterte oder auf unbestimmte Zeit verschobene Industrieanstaltungen, ein massiver Beschäftigungsabbau in zentralen Industriebereichen, eine anhaltend schwache Innovations- und Gründungsdynamik sowie eine zunehmende Abwanderung von Fachkräften und jungen Leistungsträgern.

Besonders deutlich wird dieses Scheitern im industriellen Ansiedlungsmanagement der Landesregierung. Vollmundig angekündigte Leuchtturmprojekte wie SVolt oder Wolfspeed hat die SPD politisch inszeniert, ohne dass belastbare Grundlagen, realistische Zeitpläne oder tragfähige Markt- und Finanzierungsannahmen vorlagen. Die Konsequenzen tragen nun Beschäftigte, Unternehmen und Kommunen. Der dadurch entstandene Vertrauensverlust ist tiefgreifend und nachhaltig – und er betrifft nicht einzelne Projekte, sondern die Glaubwürdigkeit der gesamten saarländischen Wirtschaftspolitik.

Die Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist eindeutig: Das Saarland braucht einen grundlegenden wirtschafts- und strukturpolitischen Kurswechsel. Ein Weiter-so würde den wirtschaftlichen Abstieg beschleunigen und den sozialen Zusammenhalt gefährden.

Anstelle der erkennbar überforderten SPD-Landesregierung ist es mein und unser Anspruch als CDU Saar, ein neues wirtschafts- und strukturpolitisches Geschäftsmodell vorzulegen. Unser Ziel ist eine technologieoffene, wettbewerbsfähige und mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik, die Industrie und Mittelstand gleichermaßen adressiert, Innovationskraft stärkt, Fachkräfte im Land hält und Investitionen ermöglicht.

Es geht um nicht weniger als um die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft des Saarlandes. Dabei bin ich überzeugt: Im Saarland steckt enormes Potenzial! Wir haben die Kraft im Land – wir müssen sie nur endlich bündeln und konsequent nutzen.

IV. Für einen wirtschafts- und strukturpolitischen Neustart

1. Neuer Stil: Verlässlichkeit. Transparenz. Zusagen einhalten.

Politischer Diskurs in einer Demokratie braucht als Basis gesicherte Fakten und wahrheitsgemäße Informationen. In einer Demokratie muss es selbstverständlich sein, dass eine gewählte Regierung die Bürgerinnen und Bürger sowie das Parlament wahrheitsgemäß informiert. Das ist kein Detail, das gehört zu den Grundlagen unserer Demokratie.

Das Saarland braucht daher auch einen grundlegend neuen politischen Stil. In der derzeitigen krisenhaften Situation der Saar-Wirtschaft sind **Verlässlichkeit, Transparenz und die Einhaltung politischer Zusagen** unerlässlich. Stattdessen erleben wir eine Informationspolitik nach dem Prinzip „Täuschen, Tricksen, Tarnen“. Unbequeme Wahrheiten rückt die SPD-Alleinregierung immer erst dann raus, wenn sie sich nicht mehr länger zurückhalten lassen, und verharmlost sie. **SVolt ist kein Einzelfall, sondern Teil eines strukturellen Musters.**

Ich stehe für einen neuen politischen Stil in der saarländischen Politik: **Nicht zu viel versprechen. Ehrlichkeit, Transparenz, Zusagen einhalten.**

2. Im Mittelstand steckt die Kraft für die Zukunft.

Kleine und mittlere Unternehmen, einschließlich industriellem Mittelstand, das Handwerk und die Familienunternehmen sind das Rückgrat unseres Wirtschaftsstandortes und des saarländischen Arbeitsmarkts. Sie verdienen mehr Unterstützung – nicht durch kleinteilige Förderprogramme, sondern durch **gezielte, strategische Maßnahmen, um sie bei Digitalisierung, Internationalisierung und Innovation zu unterstützen**: Wir müssen alles dafür tun, damit erfolgreiche mittelständische Unternehmen aus dem Saarland deutschlandweit oder sogar international durchstarten können.

Mein Ansatz ist klar: Politik hat die Aufgabe, verlässliche und kluge Rahmenbedingungen zu schaffen – Wirtschaftswachstum und positive Entwicklung entstehen dann aus der Eigeninitiative der Unternehmen.

Unterstützung brauchen unsere Unternehmen dort, wo der Bedarf tatsächlich ist, etwa bei der Flächenplanung. Die CDU-geführte Landesregierung mit Wirtschaftsminister Dr. Hanspeter Georgi hat in den 2000er Jahren wichtige Weichen gestellt – daran will ich wieder anknüpfen. Kurz: Ich will **mehr Georgi und weniger Barke** in der saarländischen Wirtschaftspolitik.

Wer von Unternehmen erwartet, sich technologisch weiterzuentwickeln, neue Produkte zu fertigen oder klimafreundlicher zu produzieren, muss ihnen auch den physischen Raum dafür geben. Wirtschaftliche Entwicklung braucht vor allem auch die dafür notwendigen Flächen. Deshalb muss zum einen der seit Jahren angekündigte neue **Landesentwicklungsplan** endlich kommen, damit die saarländischen Kommunen neue Gewerbeplätze ausweisen und entwickeln können.

Anstelle der bisherigen, kleinteiligen Programme des Wirtschaftsministeriums schlage ich einen **Mittelstandsfonds Saarland** vor. Dieser soll Kredit-, Beteiligungs- und Förderbausteine in einem einzigen, klar strukturierten Zugang bündeln und kleinen und mittleren Unternehmen, Gründerinnen und Gründern sowie Betrieben in Nachfolgeprozessen den Weg zu benötigtem Kapital erleichtern.

Für mich ist klar: **Bestehende Betriebe erhalten ist effektiver, als auf neue zu hoffen**. Bis zu 5.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, wenn Unternehmensnachfolgen scheitern – die HTW Saar hat einen konkreten Vorschlag gemacht, wie man dies vermeiden kann. Außerdem will ich die akademische und berufliche Bildung gleichwertig behandeln, zum Beispiel mit einer **kostenfreien Meisterausbildung**.

Die Transformation kleiner und mittlerer Unternehmen, die bislang in der Zuliefererkette der Automobilindustrie arbeiten, hin zur Verteidigungsindustrie birgt gerade für den saarländischen Mittelstand große Chancen in einem schwierig gewordenen Marktumfeld. Zahlreiche Autozulieferer im Saarland verfügen über exzellentes Know-how in hochpräziser Fertigung, bei Zulieferteilen oder auch in Bereichen wie Sensorik und Elektronik – Kompetenzen, die sich auch bestens in der Wehrtechnik einsetzen lassen. Wenn es gelingt, diese **Fähigkeiten**

gezielt für Aufträge aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu nutzen, können wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen – und gleichzeitig dazu beitragen, dass Deutschland seiner sicherheitspolitischen Verantwortung gerecht wird. Dafür setze ich mich ein.

Für mich sind Unternehmerinnen und Unternehmer keine Gegner, sondern Leistungsträger! Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden aus, investieren. Wenn beispielsweise ein Handwerksmeister morgens um sechs in der Werkstatt steht, seinen Leuten den Lohn überweist und am Monatsende hofft, dass noch was für die eigene Familie übrig bleibt – dann ist das kein Kapitalist, sondern jemand, der dieses Land am Laufen hält. Und davon können wir im Saarland gar nicht genug haben.

3. Die Forschungspotenziale im Land gezielter nutzen.

Forschungsexzellenz in Zukunftsbranchen hat das Saarland gleich in mehreren Bereichen – von Cybersicherheit und KI über Materialwissenschaften bis zu Pharmazie. Doch es gelingt noch zu wenig, die Forschungs- und Innovationseinrichtungen konsequent mit der regionalen Wirtschaft zu vernetzen und daraus Verwertungsketten zu erschließen. Ich will die Förderstrukturen so ausrichten, dass **aus wissenschaftlich herausragenden Vorhaben regionale Wertschöpfung entsteht**. Auch die neue **Hightech-Agenda des Bundes** bietet hierfür Chancen, die es auszuschöpfen gilt.

Wer viel Geld in Forschung investiert, muss dafür sorgen, dass der Ertrag in Form von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung auch im Land bleibt. Auch hier haben wir noch Luft nach oben: Das Saarland hat zu Recht viele Millionen Euro Steuergeld in den **Ausbau des CISPA Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit** investiert – in der berechtigten Erwartung, dass diese Spitzenforschung zu einem wichtigen Baustein unseres Strukturwandels wird. Die IHK hat regionale Effekte von 270 Millionen Euro jährlich ab 2030 berechnet. Doch statt rechtzeitig ein professionelles Umfeld für Technologietransfer und Ausgründungen zu schaffen, hat die SPD-Alleinregierung zu lange tatenlos zugesehen. Statt den Bau des geplanten CISPA Innovation Campus mit dem notwendigen Tempo voranzutreiben, hat das Kabinett Rehlinger lediglich über Nacht den Namen geändert und damit viel Porzellan zerschlagen. Ein derart unprofessionelles Vorgehen durch die Landesregierung wirft das Land zurück.

Neben Cybersicherheit und KI eröffnet vor allem der **Pharma- und Healthcare-Bereich große Chancen für das Saarland**. Daher muss es unser Anspruch sein, die wissenschaftliche Stärke unseres Landes – etwa am Universitätsklinikum oder am HIPS Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland – noch enger mit regionaler Industrie und Mittelstand zu verzahnen, um Forschung, klinische Expertise und industrielle Kompetenz effizienter zu verbinden, neue Projekte und Förderkonsortien zu entwickeln und gezielt Gründungen sowie KMU zu unterstützen. Während bestehende Clusteransätze vor allem auf Austauschformate, Netzwerke und Sichtbarkeit setzen, braucht es einen stärkeren Fokus auf konkrete

Verwertungsprojekte, um Forschung schneller in industrielle Anwendung zu überführen. Maßgeblich darf weniger die Zahl an Veranstaltungen oder Netzwerken sein, sondern es sind Arbeitsplätze, Investitionen und Steuereinnahmen im Saarland, auf die es ankommt.

Die weltweiten linearen Lieferketten mit billigen Rohstoffen für unsere Industrie und Exportgüter gehören immer mehr der Vergangenheit an. Daher müssen wir **technologisch konsequent in Kreisläufen denken** und neue Technologien und Geschäftsmodelle für ein erfolgreiches zirkuläres Produktdesign mit kreislauffähigen Hochleistungswerkstoffen entwickeln. Das Saarland hat in den entscheidenden Schlüsseltechnologien Informatik, Werkstoffe und Bio-Tech beste Voraussetzungen für den Bereich der Kreislaufwirtschaft. Mit „Circular Saar“ ist ein Kompetenzzentrum im Aufbau, das wissenschaftliche Expertise mit industrieller Erfahrung verknüpft. Diese Initiative bildet einen Startpunkt, muss aber schneller, größer und anwendungsorientierter werden, um wirtschaftliche Wirkung zu entfalten und **die Kreislaufwirtschaft zu einem zentralen Innovations- und Transferprojekt im Saarland** werden zu lassen.

Gerade in Zeiten wie diesen sollten wir auch den Mut haben, größer zu denken und bewusst über den regionalen Tellerrand hinauszuschauen. **Der Bereich Raumfahrt ist für uns im Saarland keine Raketenwissenschaft:** Mit unseren international sichtbaren Stärken in Materialwissenschaften, neuen Werkstoffen, Oberflächen, Fertigung, Qualitätssicherung und KI haben wir viele Kompetenzen, die für eine souveräne, zuverlässige und skalierbare Raumfahrt essenziell sind. In enger Zusammenarbeit mit Luxemburg und seinem wachsenden Weltraum-Ökosystem könnte in diesem Bereich ein grenzüberschreitender Innovationsraum entstehen: **Luxemburg als strategische Plattform und Marktzugang, das Saarland als technologisches Rückgrat.** So könnte ein europäisches Modell entstehen, das Raumfahrt nicht als Prestigeprojekt begreift, sondern als industrielle Wertschöpfung mit nachhaltigem regionalen Nutzen. Ich finde, es lohnt sich, hier dranzubleiben.

4. Industrie stärken – Subventionsmentalität überwinden.

Die Industrie ist unter Beschäftigungs- wie unter Wertschöpfungsgesichtspunkten unverzichtbarer Bestandteil unserer Wirtschaftsstruktur. Deshalb setzen wir als CDU uns auf allen Ebenen dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saarland gegen jedwede industriefeindliche Reglementierung zu verteidigen: etwa durch die Rücknahme des Verbrennerverbots oder durch einen pragmatischen Hochlauf der klimafreundlichen Stahlproduktion mit allen Wasserstoff-Farben.

Zugleich braucht das Saarland eine Schwerpunktsetzung, die regionale Wertschöpfung fördert und neue Wachstumsfelder entwickelt. Demgegenüber macht die SPD ihre Wirtschaftspolitik viel zu sehr von subventionierten Großansiedlungen abhängig, deren strategische Entscheidungen außerhalb des Saarlandes getroffen werden. Das Problem: Wer für Geld kommt, geht im Zweifel auch wieder für Geld.

Für mich ist klar: Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort entsteht nicht durch dauerhafte Zuschüsse, sondern durch **Rahmenbedingungen, die Innovation, Eigeninitiative und Wertschöpfung ermöglichen**. Transformationshilfen müssen begrenzt, transparent und an marktfähige Geschäftsmodelle gekoppelt sein.

Konkret bedeutet das: Wir als CDU wollen, dass die Umstellung auf grünen Stahl im Saarland gelingt. Dafür haben wir im Rahmen unserer Verantwortungspartnerschaft mit der Landesregierung den Weg frei gemacht. Gleichzeitig gilt: **Dauerhafte Betriebskostensubventionen sind kein Geschäftsmodell**. Und: Staatliche Beteiligungen des Saarlandes an der Stahlindustrie sind mit mir nicht zu machen. Grüner Stahl muss aus eigener Kraft wettbewerbsfähig werden, um auf Dauer zu funktionieren.

Darüber hinaus fordere ich eine unabhängige und schonungslose Evaluierung der Arbeit der Strukturholding Saar, insbesondere in den Bereichen Ansiedlungsmanagement sowie Flächen- und Immobilienmanagement. Ich erwarte eine offene Analyse, ob bestehende Strukturen, Prozesse und Entscheidungswege tatsächlich zu messbaren Ansiedlungserfolgen, einer effizienten Nutzung verfügbarer Flächen und einer nachhaltigen Standortentwicklung geführt haben. Wirtschaftsförderung und Flächenpolitik müssen im Saarland effizient und ergebnisorientiert aufgestellt sein.

5. Mobilität – im Saarland und ins Saarland.

Wir müssen unsere Mobilitätsinfrastruktur modernisieren und **vor allem die Schienenanbindung deutlich verbessern**. Ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort braucht Wahlmöglichkeiten: leistungsfähige Bahnverbindungen, sinnvolle Verknüpfung von Verkehrsträgern und klare Perspektiven für Mobilität.

Ein zentrales Problem der Bahnbindung: Saarbrücken ist im Fernverkehr bisher nur ein Haltepunkt auf der Ost-West-Achse Frankfurt-Paris. Was völlig fehlt, ist eine Nord-Süd-Betrachtung. Mein Ansatz: Ein ICE oder EC auf der Strecke Koblenz-Trier-Saarbrücken-Straßburg würde die Anbindung des Saarlandes extrem aufwerten und **Saarbrücken zu einem echten Eisenbahnknotenpunkt machen**. Die Investitionen wären überschaubar, es müsste nur ein Teil der französischen Strecke elektrifiziert werden. Das wäre ein deutsch-französisches Musterprojekt, das wäre aber auch ein Durchbruch für die Verbesserung der Schienenanbindung des Saarlandes.

Außerdem setze ich mich für eine **direkte, schnelle und durchgehende Bahnverbindung zwischen Saarbrücken und Luxemburg** ein, mit einer Fahrzeit deutlich unter zwei Stunden.

Diese Verbindung wäre bis 2030 realisierbar, wenn man sie politisch will – und ich will das! Täglich pendeln Tausende Saarländerinnen und Saarländer nach Luxemburg, doch für rund 100 Kilometer braucht man mit der Bahn noch immer zwei Stunden und mindestens einen Umstieg. Das ist auf Dauer unzumutbar für die Menschen in der Großregion. Wer das Saarland wirtschaftlich stärken will, muss es auch verkehrlich anschließen.

Wir haben strukturelle Reformen im Land zu erledigen: Momentan haben wir 14 verschiedene Verkehrsbetriebe. Die muss man zusammenlegen – **ein Land, ein Verkehrsverbund**. Das ist kostengünstiger, man kann bei den sogenannten Overhead-Kosten und beim Personal sparen. Und das würde vor allem die Kommunen entlasten. Zudem sind derzeit viele Ziele innerhalb des Saarlandes aufgrund der kleinteiligen Struktur nur mit mehreren Umstiegen zu erreichen. Bei einer Bündelung innerhalb eines Verkehrsverbundes können lähmende Zwischenstufen entfallen.

6. Für eine Renaissance der Leistungskultur.

Leistung, Verantwortungsbereitschaft und unternehmerisches Engagement sind für mich elementare Voraussetzungen von sozialer Marktwirtschaft. Wer die höchsten Löhne, die beste soziale Absicherung und hohe ökologische Standards will, muss auch bei der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Leistung bringen. Denn **leistungslosen Wohlstand gibt es nicht**. Doch wir haben in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen – in Schule, Beruf und Ausbildung – erlebt, wie Leistungsanforderungen und Wettbewerb zurückgefahren wurden.

Ich bin für eine **Renaissance des Leistungsbegriffs**. Nicht als Selbstzweck, sondern als wirksamer Motor für Motivation, persönliche Entwicklung und faire Vergleichbarkeit. Ich bin überzeugt, dass Wettbewerb wichtige Erfahrungen vermittelt: den Umgang mit Erfolg und mit Rückschlägen, die Bereitschaft, sich anzustrengen, und die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Das sind Grundlagen, die wir im Berufsleben und in der Gesellschaft brauchen.

Auch wirtschaftlich gilt für mich: Wohlstand, soziale Sicherung und hohe Standards lassen sich nur durch Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Produktivität, Qualifikation und Innovationskraft entstehen dort, wo Leistung Anreize findet und individuelle wie unternehmerische Initiative nicht durch unnötige Hürden behindert wird.

Deshalb stehe ich für ein Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft, die das **Prinzip des Förderns und Forderns** verbindet: soziale Absicherung für alle, die sie wirklich brauchen, und zugleich Strukturen, die Ausbildung, Erwerbsarbeit, Qualifikation und unternehmerisches Handeln attraktiv machen.

7. Mehr Tarifbindung ja – Gängelung nein.

Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften als eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne, berechenbare Kosten, gute Arbeitsbedingungen sowie stabile Beiträge für die Sozialversicherungen. **Deshalb setze ich mich für einen hohen Grad an Tarifbindung ein**.

Dieses Ziel wird durch das saarländische Tariftreuegesetz jedoch nicht erreicht; der gewünschte Effekt, eine Erhöhung der Tarifbindung, ist bislang vollständig ausgeblieben. Stattdessen schafft es – durch die Art, wie die Landesregierung es umsetzt – vor allem zusätzliche

Bürokratie. Zudem ist es widersinnig, dass die Landesregierung einerseits die Wertgrenzen für Vergaben auf 100.000 Euro angehoben hat, beim Tariftreuegesetz aber bei 25.000 Euro verharrt, während sie auf Bundesebene 50.000 Euro fordert. Deshalb ist es Zeit für pragmatische Lösungen: Spätestens, wenn die laufende Evaluation kein völlig anderes Ergebnis liefert als die bisherigen Rückmeldungen aus der Praxis, muss **das saarländische Tariftreuegesetz grundlegend reformiert werden**.

8. Mehr Vertrauen statt Misstrauenskultur – Bürokratie und Regulierung auf ein Mindestmaß zurückführen.

Ich setze mich dafür ein, dass die öffentlichen Verwaltungen stärker danach bewertet werden, wie schnell, digital, effizient und verlässlich sie Leistungen erbringen – und nicht in erster Linie danach, wie viele zusätzliche Mittel im Haushalt bereitgestellt oder Stellen in den Stellenplänen geschaffen werden. Wir brauchen einen **Paradigmenwechsel: weg vom reinen Denken in Ausgaben – je mehr schuldenfinanzierte Staatsausgaben, desto besser –, hin zu mehr Wirkung, zu besseren Ergebnissen**. Denn: Mehr Geld auszugeben, ist kein Selbstzweck – entscheidend ist, dass die Ergebnisse stimmen.

Bürokratie schafft Ordnung, aber auch Aufwand, der mitunter vermeidbar ist. Viele bürokratische Regelungen dienen vor allem der Kontrolle und werden oftmals als Ausdruck staatlichen Misstrauens empfunden. Wenn wir wollen, dass wieder mehr Menschen dem Staat Vertrauen entgegenbringen, dann darf der Staat den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen nicht länger mit einem solchen Misstrauen begegnen.

Auch wenn die meisten bürokratischen Auflagen von EU oder Bund kommen, können wir auch im Saarland etwas tun. Ich bin zum Beispiel dafür, wo möglich das **Prinzip der Genehmigungsfiktion mit klaren, nachvollziehbaren Stichtagsregelungen** einzuführen. An die Stelle flächendeckender Antrags- und Prüfungsverfahren sollten **Stichproben- und Zufallskontrollen** treten. Auch will ich für sämtliche Gesetzgebungs- und Verordnungsinitiativen der Landesregierung im Vorhinein einen **frühzeitigen, systematischen Praxischeck** einführen, der auch einen Digitalcheck beinhaltet.

Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung müssen ein permanenter, zielstrebiger gesteuerter Prozess sein. Der Bund macht es vor: mit einem eigenen Digitalministerium, das ein Vetorecht bei neuen Gesetzesvorhaben hat. Eine solche zentrale, schlagkräftig ausgestattete Stelle will ich auch im Saarland: **Der Bereich „Digitalisierung und Staatsmodernisierung“ soll künftig schlagkräftig am Kabinettstisch vertreten sein, einschließlich Zustimmungsvorbehalt bei der Gesetzgebung**. Das wirkungslose Amt des Strukturwandelbeauftragten in der Staatskanzlei gehört dagegen abgeschafft.

Wir müssen zudem konsequent sein bei „digital first“: Dazu müssen wir Verwaltungsprozesse vereinfachen, bevor sie digitalisiert werden – sonst wird aus alter analoger nur neue digitale

Bürokratie. Zudem sollten wir uns stärker trauen, in **Reallaboren** und mit **Experimentierklau-seln** Neues einfach mal auszuprobieren.

9. Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist eine gute Bildungspolitik grundlegend. Gut ausgebildete Nachwuchskräfte sind unverzichtbar, erst recht in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Aber das Wichtigste ist: **Kinder sind unsere Zukunft und brauchen beste Startmöglichkeiten von Anfang an** – das gehört zum Kern politischer Verantwortung.

Wir als CDU haben dazu viele konkrete Vorschläge entwickelt. Besondere Priorität hat für mich: Erstens brauchen wir **verlässliche Kitas**, die bezahlbar bleiben und auf die sich Eltern wirklich verlassen können. Zweitens **darf kein Kind ohne ausreichende Schulfähigkeit eingeschult werden**. Das bedeutet: **Jedes Schulkind muss Deutsch können**, aber auch soziale, motorische und kognitive Grundlagen mitbringen. Das müssen wir flächendeckend sicherstellen, etwa durch die Wiedereinführung von Schulkindergärten. Und drittens muss **Leistung wieder mehr zählen**. Das bedeutet: Keine Absenkung der Anforderungen an Schulabschlüsse und eine Rückkehr zur verbindlichen Versetzungsregelung. Das Sitzenbleiben abzuschaffen, senkt das Bildungsniveau.

Ein weiteres Problem: Wir haben in Deutschland derzeit Hunderttausende Jugendliche und junge Erwachsene, die weder zur Schule gehen, noch arbeiten oder eine Ausbildung machen. Deshalb brauchen wir mehr Orientierung, Beratung und gezielte Hilfen, gerade für Jugendliche, die sich schwertun. Und das müssen wir verbindlich ausgestalten: **Unser Ziel muss es sein, allen Jugendlichen ohne Schulabschluss oder ohne Ausbildungsplatz eine verbindliche Perspektive zu eröffnen** – sei es durch den weiteren Schulbesuch, die Teilnahme an dualer Ausbildung oder an qualifizierenden Bildungsangeboten.

10. Kultur- und Kreativwirtschaft als Standortfaktor stärken.

Die Bruttowertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft lag in Deutschland zuletzt über dem Maschinenbau und vor Bereichen wie Finanzdienstleistungen, Energieversorgung oder chemischer Industrie. Das zeigt eindrucksvoll: Kultur ist Standortfaktor, Identität und Wirtschaftskraft zugleich. Sie entscheidet zudem mit darüber, ob junge Menschen bleiben oder gehen, ob Regionen wachsen oder stagnieren. Andere Bundesländer haben das längst erkannt.

Hier im Saarland **fehlt eine klare Kulturstrategie und der Mut, sie umzusetzen**, damit die Kulturszene ihr volles Potential entfalten kann. Gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft sehen wir stattdessen Alarmsignale: Das Ende von erfolgreichen Festivals wie dem „Rocco del Schlacko“ oder das mögliche Aus für die „Garage“ in Saarbrücken sind nur zwei Beispiele. Das sind beides keine Einzelfälle, sondern Symptome für unzureichende Rahmenbedingungen.

Ich begreife die **Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wirtschaft und Innovation, aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Sie ist jedoch im Saarland bisher ein blinder Fleck sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Kulturpolitik. Das will ich ändern. Statt der unplaublichen kulturellen Leuchtturmförderung, die das Wirtschaftsministerium aktuell betreibt, braucht es nachvollziehbare Anreize für kulturwirtschaftliches Unternehmertum. Gleichzeitig braucht es für den gesamten Kulturbereich transparentere und nachhaltig wirkende Förderinstrumente.

Moderne Großproduktionen sind in der bestehenden Saarlandhalle nicht mehr durchführbar. Dadurch verliert das ganze Saarland an Strahlkraft als Kulturstandort. Deshalb brauchen wir endlich eine **neue, zeitgemäße Eventhalle**. Dieses Thema muss dringend beschleunigt werden.

11. Standortmarketing neu ausrichten – besondere Stärken in den Mittelpunkt.

Ein klar erkennbares Standortprofil entsteht dann, wenn wir die besonderen Stärken des Saarlandes konsequent in den Mittelpunkt stellen. Diese sind insbesondere: **unsere saarländische Lebensqualität, leistungsfähige Netzwerke und kurze Wege**. Doch diese Vorzüge spielt das Saarland zu wenig aus, obwohl wir hier viel mehr zu bieten haben als andere Regionen. Deshalb kommt es darauf an, diese Faktoren systematisch zu stärken und für Investoren, Fachkräfte und Unternehmen – gerade auch von außerhalb – nutzbar zu machen.